

V E R K E H R T L P R O P A G A N D A .

---

Lie Abstimmung unserer Genossen in dem oldenburgischen Landtage über die dortige Wahlrechtsvorlage hat wieder einmal die Frage aufgerollt, in welchem Falle wir für irgend ein soziales Flickwerk stimmen können oder dagegen stimmen müssen. Die Schärfe der Kritik, die über ihre Haltung ausgeübt wurde, ist dabei weniger durch eine Meinungsverschiedenheit über das Verhältnis der Vorteile und Nachteile in diesem besondern Fall als vielmehr durch die Form und die Begründung der Abstimmung veranlasst.

Es kann vorkommen, dass ein Gesetz, das gegen eine erste Vorlage durch spätere Anträge verschlechtert worden ist, dennoch so viele Vorteile bringt, dass wir unbedenklich dafür stimmen können. Aber es wäre eine seltsame Logik, wenn wir deshalb für einen Verschlechterungsantrag selbst zu stimmen hätten. Freilich, im vorliegenden Fall gefährdeten wir durch die Ablehnung eines solchen Antrages das ganze Gesetz, denn die Regierung drohte mit der Zurückziehung der Vorlage, wenn die Verlängerung der Legislaturperiode nicht angenommen wurde. Aber die Gefahr, dass wir durch unsere Verbesserungsvorschläge und durch die Ablehnung von Verschlechterungen ein Gesetz scheitern lassen, besteht immer, denn dadurch wird es den reaktionären Parteien immer mehr verleidet. Dies hat uns selbstverständlich nie davon abgehalten, ein Gesetz so gut zu gestalten als uns nur möglich war, um dann ruhig abzuwarten, was unsere Gegner damit machen wollen.

Man soll dabei bedenken, dass eine Regierung ihre Vorlagen nicht um unserer schönen Augen willen einbringt. Sie sind keine Zugeständnisse an uns, für die wir dankbar sein sollen, sondern sie entspringen einer politischen Notwendigkeit der herrschenden Klasse selbst. Nicht unser Interesse sondern ihr eigenes Interesse bestimmt sie dazu. Sie denkt dabei nicht: Liebe Kinder, wenn ihr hübsch artig seit, wollen wir euch etwas schenken, was ihr gern habt. Sondern sie denkt zähneknirschend: Verdammte Geschichte, wir müssen ja etwas machen, sonst stimmen die Leute das nächste Mal alle für die Roten. Wir brauchen uns also durch Drohungen einer Regierung, dass sie die ganze Sache scheitern lässt, wenn wir ihr nicht ihre reaktionären Wünsche gehorsamst apportieren, nicht einschüchtern zu lassen. Das Zurückziehen des Gesetzes würde ihr mehr Verlegenheiten bereiten als uns.

Sehen wir ab von der unglücklichen Form in diesem Fall, und stellen wir ganz allgemein die Frage, wann wir einer zur Schlussabstimmung fertig liegenden Vorlage zustimmen dürfen, so wird die Sache nicht einfach damit abgetan, dass wir beim Abwägen der Vor- und Nachteile zu dem Schluss kommen, dass die Ersteren überwiegen. Dass ein Gesetz wesentliche Verbesserungen bringen muss, sollen wir ihm zustimmen, das versteht sich von selbst. Aber nach der bisherigen Praxis der Partei ist damit die Sache nicht entschieden. Unsere Vertreter haben wiederholt gegen Gesetze gestimmt, die den Arbeitern einige Verbesserungen brachten, wenn nach ihrem Urteile gegenüber der Grösse des Uebelstandes das Dargebotene eher ein Hohn auf die gerechten Forderungen der Arbeiter als ein Entgegenkommen darstellte.

Wir sitzen in den Parlamenten nicht wie in einem Freundeskreis, wo man gemeinsam zum Wohl des Vaterlandes berät und keiner starrköpfig auf seinen eignen Wünschen bestehen soll. Wir kämpfen dort als Minderheit gegen eine Mehrheit von Feinden, von Vertretern unserer Ausbeuter. Wir treten an sie mit Forderungen heran, und sie gewähren uns nur etwas aus Furcht vor der Zunahme unserer Macht. Wir sind nicht so bescheiden, dass wir jeden Gewinn als ein unverdientes Glück dankbar rühmen. Unsere Ansprüche gehen auf das Ganze, auf die ganze Herrschaft, auf die volle Freiheit. Da können wir, solange uns die Macht zur Erringung dieses Ganzen fehlt, wesentliche Zugeständnisse und Reformen als Abschlussszahlung kühl und ohne Dank entgegennehmen; die Losung: Alles oder Nichts, war nie unser Standpunkt. Wenn es aber gar zu wenig ist, was man uns bietet und geradezu eine Verspottung unserer Ansprüche, oder wenn man uns dafür sogar einige schon bestehenden Rechte abhandeln will, so weisen wir es zurück. Jeder Privatmann, der Ehrgefühl im Leibe hat, würde in solcher Lage gerade so handeln; um so mehr eine Klasse, die

eine Welt zu erobern hat, und die also bei Allem, was sie macht, Rücksicht auf die Propaganda für ihre Ideale nehmen muss.

Mit Recht haben die oldenburgischen Genossen auf die Propaganda als die maassgebende Instanz für alle unsere Taten hingewiesen: mit Rücksicht auf die Propaganda - um das alberne Geschwätz der Reichsverbändler besser entgegenzutreten zu können - haben sie einer Vorlage zugestimmt, die sie - wie ihrer Begründung zu entnehmen ist - ohne diese Rücksicht der Ablehnung wert erachteten. Dass ein richtiges Prinzip hier in unrichtiger Weise angewandt wurde, liegt daran, dass der Propaganda ein verkehrtes Ziel gesteckt wurde.

Das Ziel aller Propaganda, zu der auch unser parlamentarisches Wirken als eins ihrer Mittel gehört, ist die geistige und moralische Hebung und Kräftigung des Proletariats, damit es fähig wird, sich die Herrschaft zu erkämpfen. Einsicht, Wissen, Klassenbewusstsein sind dazu nötig, aber nicht weniger Unabhängigkeitssinn, Stolz und Selbstachtung. Das ist ja das allerschlimmste, dass eine Jahrhunderten lange Unterdrückung in der Masse eine Unterwürfigkeit, eine knechtische Gesinnung grossgezogen hat und ihre Seele der Massen verkrüppelt hat, dass ihre Sklavenlaster ihr selbst als Tugenden erschienen. Und das ist umgekehrt der grösste Ruhm der Sozialdemokratie, dass sie in dieser Masse das Gefühl der Menschenwürde, den freien, hochherzigen Sinn geweckt hat, die Kämpfern für die Befreiung ihrer Klasse an erster Stelle nötig ist. Das Proletariat ist der künftige Herrscher der Welt; es darf den Anspruch auf alle Erdschätze und alle Kulturschätze erheben wie auf sein Königreich, das jetzt noch von einem mächtigen Feind usurpiert wird. Es ist der künftige Fürst, der jetzt noch wie ein Bettler in Lumpen gehen und wie ein Bettler darben muss; solange er sich aber als Bettler fühlt und bei jedem Almosen für die ihm erwiesenen "Wohltaten" dankbar ist, wird er sein Königreich nicht erobern können.

Gewiss, unser trotziger Standpunkt wird von einem Teil des Volkes, wo die unterwürfige Anspruchslosigkeit noch vorherrscht, nicht verstanden werden. Sollen wir deshalb zu ihrem Standpunkt herabsteigen, oder sollen wir sie den unsrigen verstehen lehren? Nur parlamentarischer Beschränktheit kann unser Ziel darin erblicken, blos ihre Stimmen zu gewinnen, ohne sie selbst zu anderen Menschen zu machen. Nicht blos Wähler gewinnen, sondern bewusste Kämpfer bilden ist unsere Aufgabe. Wenn unsere Partei durch die Zurückweisung völlig ungenügender Sachwerke der Regierer ihre Selbstachtung und ihren Stolz bekundet, führt sie eine bessere Propaganda für unsere Sache, als wenn sie durch deren Annahme um die Gunst der noch unaufgeklärten unterwürfigen Masse wirbt. Die Knechtseligkeit, die Anspruchslosigkeit ist einer unserer schlimmsten Feinde; erst, wenn wir sie aus den Herzen der Arbeiterklasse ausgerottet haben, werden wir im Stande sein, unsere grossen Ideale zu verwirklichen.

(ap)